

Protokoll

EINWOHNERGEMEINDEVERSAMMLUNG

Mittwoch, 10. Juni 2026, 19.30 Uhr,

in der Mehrzweckhalle Koblenz

Vorsitz:	Andreas Wanzenried, Gemeindeammann
Protokoll:	Franziska Lee, Gemeindeschreiberin
Stimmenzähler:	Daniela Inderwildi Matthias Krattinger

Feststellung Verhandlungsfähigkeit

Stimmberechtigte laut Stimmregister	775
Für die definitive Beschlussfassung erforderliche Ja-Stimmen (1/5 der Stimmberechtigten)	156
Anwesende Stimmberechtigte	48
Absolutes Mehr	25

Die Beschlüsse der heutigen Gemeindeversammlung unterliegen dem fakultativen Referendum.

Gemeindeammann Andreas Wanzenried dankt allen Anwesenden für ihr Erscheinen.

Speziell begrüsst werden Franziska Lee, Eliane Keller, Stimmenzähler Daniela Inderwildi und Matthias Krattinger sowie Finanzkommissions-Präsident (FiKo) Franz Knecht und FiKo-Mitglied Monika Dettling. Ein besonderer Dank geht an den Technischen Dienst unter der Leitung von Peter Nyffenegger.

Pressevertreter: Noah Merz, Botschaft

Allgemeine Orientierung

Vorgängig zu den ordentlichen Traktanden findet eine Orientierung seitens des Gemeinderates statt. Falls Fragen dazu bestehen, sollen diese am Schluss unter Traktandum 7 «Verschiedenes» gestellt werden.

Wortprotokoll

Gemeindeammann Andreas Wanzenried informiert über die Behandlung des Antrags aus der Einwohnergemeindeversammlung vom 21. November 2025 auf Erstellung eines Wortprotokolls. Er erläutert, dass Wortprotokolle sehr aufwändig sind. Zusammenfassende Protokolle dienen der klaren, zielführenden Information. Der Gemeinderat hat die Vor- und Nachteile abgewogen und sich entschieden, auf Wortprotokolle zu verzichten und auch weiterhin zusammenfassende Protokolle erstellen zu lassen.

Der Präsident der Finanzkommission, Franz Knecht, zeigt sich irritiert, dass über das Protokoll gesprochen wird, aber noch nicht darüber diskutiert oder abgestimmt wird.

Der Gemeindeammann erläutert, dass es hier zunächst nur um Informationen durch den Gemeinderat gehe und dass die Diskussionstraktanden anschliessend folgen.

Handlungsfelder

Der Gemeindeammann informiert weiter über die Handlungsfelder. Man habe an der zweitägigen Klausur im Februar 2026 die wichtigsten Entwicklungsfelder für die Gemeinde diskutiert:

Finanzen: Prioritäten setzen

Hierzu hat der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe mit Zuzug der FiKo und eines neutralen Bürgers gebildet. Diese Gruppe hat unter Anleitung eines externen Beraters mit der Erstellung einer Finanzstrategie begonnen. Die bisherigen zwei Workshops zeigten, dass die Gemeinde bereits in den vergangenen Jahren einiges an Projekten zurückgestellt hat, um Kosten zu sparen. Dies ist aber auch kritisch zu sehen, denn «Vernachlässigungen» bergen auch Gefahren.

Standortattraktivität sichern

Trotz knapper Ressourcen soll Koblenz ein attraktiver Wohn- und Arbeitsort bleiben. Der Gemeinderat will gezielt Massnahmen ergreifen, welche die Lebensqualität sichern und den Standort langfristig stärken.

Dialogkultur fördern

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf einer offenen und transparenten Kommunikation – sowohl intern innerhalb der Verwaltung als auch extern gegenüber der Bevölkerung. Die Einwohnerinnen und Einwohner sollen künftig stärker in wichtige Prozesse einbezogen werden. Erst in diesen Tagen gibt es neu auf der Website den regelmässigen Beitrag «Aus der Ratsstube».

Starke Verwaltung

Dieses Handlungsfeld umfasst zwei Bereiche:

- a) **Modernisierung von IT und Digitalisierung:** Eine Analyse zeigt deutlichen Handlungsbedarf. Eine stabile IT, gute Betreuung, passende Applikationen sind im Verwaltungsalltag grundlegend. Dazu werden wir später in einem separaten Traktandum noch mehr hören.
- b) **Optimierung von Strukturen und Personal:** Interne Abläufe sind überprüft worden, so hat eine Pensenüberprüfung durch externe Fachleute stattgefunden. Die Stärkung des Teams beginnt mit gut geschultem Personal. Zurzeit läuft der Rekrutierungsprozess eines Stv. Gemeindeschreibers oder einer Stv. Gemeindeschreiberin und einer ausgebildeten Leitung Einwohnerdienste.

Finanzstrategie

Als Nächstes geht der Gemeindeammann ausführlicher auf die Finanzstrategie ein: Koblenz steht finanziell vor Herausforderungen. Gleichzeitig soll die Gemeinde weiterentwickelt werden. Der Gemeinderat setzt deshalb auf einen klaren Ansatz: Man konzentrierte sich auf das Machbare und sichere damit die finanzielle Zukunft.

Die Koblenzer Finanzpolitik basiert auf drei einfachen Kennzahlen:

- **Selbstfinanzierungsgrad**
- **Operatives Ergebnis**
- **Nettoschuld pro Einwohner**

Daraus ergeben sich drei klare Ziele:

1. Einnahmen stärken durch Entwicklung von Wohnraum, Gewerbe und Standortattraktivität.
2. Ausgaben im Griff behalten durch klare Prioritäten, effiziente Verwaltung und Budgetdisziplin.
3. Schulden bewusst steuern, also nur investieren, wenn es langfristig einen Nutzen bringt.

Der Gemeinderat möchte eine Gemeinde, die sich entwickelt – aber finanziell auf solidem Fundament bleibt.

Aare-Rhy-Post (ARP)

Gemeinderätin Edna Brkic informiert über die Änderungen bei der Aare-Rhy-Post.

Diese erscheint seit kurzem in neuem Layout, wird von einer anderen Druckerei – der Bürli AG – erstellt und umfasst mit «Rückblick und Ausblick» eine neue Rubrik.

Bis Ende Jahr sollen die Effizienz gesteigert, die Themen diverser werden und die Kosten sinken.

Neues kantonales Volksschulgesetz (VSG) per 1. August 2026

Gemeinderat Christophe Seiler informiert über das neue Volksschulgesetz, welches per 1. August 2026 in Kraft treten wird. Dieses regelt neu die frühe Sprachförderung. Ausserdem wird die Schaffung von Förderklassen wieder ermöglicht. Die

Zuständigkeit für Sonderschulzuteilungen liegt neu beim Kanton. Ausserdem gibt es neue Bestimmungen zur digitalen Basisinfrastruktur.

Neues Förderreglement

Zurzeit erarbeiten Gemeinderat und Energiekommission ein neues Förderreglement und eine neue Förderverordnung. Die noch offenen Förderanträge werden nun bearbeitet, aber neue Anträge per sofort nicht mehr entgegengenommen.

Termine

Frau Vizeammann Yvonne Fretz macht auf die ausserordentliche Einwohnergemeindeversammlung aufmerksam:

- Ausserordentliche Einwohnergemeindeversammlung am Mittwoch, 23. September 2026 (vorgängige Info-Veranstaltung am 8. September 2026)

Matthias Krattinger äussert sich zum Termin der ausserordentlichen Einwohnergemeindeversammlung vom Mittwoch, 23. September 2026. Für ihn sei dieser Termin eine Farce, weil der Gemeinderat an jenem Abend eine Mannschaftsübung der Feuerwehr stattfinden lasse.

Frau Vizeammann Yvonne Fretz erläutert, dass die Terminsuche sehr schwierig war und sich am Ende nur dieser Termin als machbar herausgestellt hat. Man versucht aber in Zukunft die Termine der Feuerwehr besser in die Planung einzubeziehen. Anschliessend nennt sie die weiteren wichtigen Termine:

- Seniorenausflug am Freitag, 25. September 2026
- Ordentliche Einwohnergemeindeversammlung Freitag, 20. November 2026
- Weihnachtsbaum-Verkauf am Montag, 7. Dezember 2026

René Spannagel bittet im Namen des Vereins Dorfmärkte Koblenz darum, die Einwohnergemeindeversammlung im November nicht mehr am Freitag vor dem Weihnachtsmarkt zu planen. Hier wäre ein Mittwochstermin wünschenswert. Er habe dies bereits anfangs Jahr an der Präsidentenkonferenz angemerkt. Er zeigt sich sehr enttäuscht, dass dies nun nicht berücksichtigt wurde.

Der Gemeindeammann erklärt, dass die Terminsuche generell sehr schwierig sei. Man käme fast immer mit einem Verein in Konflikt. Auch dieser Wunsch werde aufgenommen. René Spannagel hätte dies jedoch auch bereits letztes Jahr im Rahmen seines Amtes als Gemeinderat einbringen können. Die Termine für die Einwohnergemeindeversammlungen seien im Januar, als die Präsidentenkonferenz stattfand, bereits festgelegt gewesen.

Traktanden

1. Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 21. November 2025
2. Beitritt zum neuen Gemeindeverband Musikschule Kirchspiel (MUSKI) und Genehmigung der Satzungen
3. Revision des Reglements über die Benützung von Mehrzweckhalle, Sportanlagen und Schulräumlichkeiten
4. Kreditantrag für die Erneuerung der IT der Gemeindeverwaltung
5. Rechenschaftsbericht 2025
6. Verabschiedung der Rechnung 2025 der Einwohnergemeinde
7. Verschiedenes

Gemeindeammann Andreas Wanzenried hält fest, dass gemäss Gemeindegesetz die Einladung und die Unterlagen der Gemeindeversammlung den Stimmberechtigten mindestens 14 Tage im Voraus zugestellt worden sind. Die Akten zu den traktandierten Geschäften lagen während der Auflagefrist zur Einsichtnahme auf.

Der Gemeindeammann weist darauf hin, dass Wortmeldungen durch Handerheben anzukündigen seien und abzuwarten sei, bis das Wort erteilt werde. Die Rednerinnen und Redner würden gebeten, direkt ins Mikrofon zu sprechen, vor der Wortmeldung ihren Namen zu nennen, sich auf die Sache zu beschränken und sich möglichst kurz zu fassen.

Traktandum 1: Protokoll Gemeindeversammlung vom 21. November 2025

Das Protokoll konnte während der Aktenauflage im Gemeindehaus oder auf der Homepage eingesehen werden.

Diskussion:

Verena Knecht meldet sich mit drei Anträgen zu Wort:

- ***Ergänzung der Aussage von Andreas Wanzenried zur Bau- und Nutzungsordnung, dass man in den nächsten 1, 2 bis 4 Monaten eine Antwort seitens des Kantons erwarte.***
- ***Streichen in Traktandum 1 «Protokoll der Gemeindeversammlung vom 13. Juni 2025»: «... Der Gemeinderat wird im Rahmen der nächsten Einwohnergemeindeversammlung über die weitere Protokollierung informieren ...».***
- ***Ergänzung aller Massnahmen, die Julia Allen im Traktandum 4 «Budget 2026 und Steuerfuss 2026» vorgeschlagen hat.***

Der FiKo-Präsident Franz Knecht meldet sich zu Wort: Er stört sich an der Beschlussformulierung beim Traktandum 5 Budget 2026 und Steuerfuss 2026: «...Das Budget 2026 wird unter Anpassung des Steuerfusses auf 118% mit 76 zu 5 Stimmen gutgeheissen...».

Da beschlossen worden sei, den Steuerfuss unverändert auf 118% zu belassen, könne man nicht von einer Anpassung sprechen.

Gemeindeammann Andreas Wanzenried erläutert, dass der Budgetantrag des Gemeinderats mit einem Steuerfuss von 126% gerechnet habe. In Bezug auf dieses Antrag habe der Steuerfuss im beschlossenen Budget wieder auf 118% angepasst werden müssen.

Franz Knecht findet diese Formulierung zwar missverständlich oder falsch, er verzichtet aber auf einen Änderungsantrag.

Abstimmungen zu den drei Anträgen von Verena Knecht:

- **Die Ergänzung des Protokolls mit den Aussagen von Gemeindeammann Andreas Wanzenried zur Bau- und Nutzungsordnung wird grossmehrheitlich angenommen.**
- **Die Streichung des Satzes «... Der Gemeinderat wird im Rahmen der nächsten Einwohnergemeindeversammlung über die weitere Protokollierung informieren ...» wird abgelehnt.**
- **Die Ergänzung aller Vorschläge von Julia Allen wird abgelehnt.**

Antrag:

Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 21. November 2025 mit der zuvor beschlossenen Änderung soll genehmigt werden.

Abstimmung:

Das Protokoll der Sitzung vom 21. November 2025 wird mit einer Ergänzung grossmehrheitlich genehmigt.

Traktandum 2: Beitritt zum neuen Gemeindeverband Musikschule Kirchspiel (MUSKI) und Genehmigung der Satzungen

Gemeinderat Christophe Seiler erläutert der Versammlung den Beitrittsantrag zum neuen Gemeindeverband MUSKI.

Die sechs Gemeinden Böttstein, Full-Reuenthal, Koblenz, Leibstadt, Leuggern und Mandach möchten sich zum Gemeindeverband MUSKI zusammenschliessen, um

- ein einheitliches und umfassendes Musikschulangebot zu schaffen.
- einheitliche Elterntarife für Musikschülerinnen und -schüler anbieten zu können.
- die Attraktivität der Musikschule als Arbeitgeberin zu steigern.

Der Sitz des Gemeindeverbands wird Böttstein (Kleindöttingen) sein.

Kosten für Mitgliedsgemeinden

Die Unterrichtskosten betragen für eine halbe Lektion (25 Minuten) pro Semester CHF 490.00. Diese werden zu 44% durch die Eltern und zu 56% durch die Wohngemeinde übernommen.

Die zusätzlichen Betriebskosten wie etwa die Lohnkosten für die Schulleitung oder das Sekretariat werden nach Einwohnerzahl auf die Mitgliedsgemeinden verteilt.

Die neue Musikschule soll ihren Betrieb am 1. Januar 2027 aufnehmen.

Mit dem Gemeindeverband MUSKI bereitet sich Koblenz auch auf eine anstehende kantonale Regelung zum Instrumentalunterricht vor. Diese könnte auf das Schuljahr 2028/29 in Kraft treten.

Folgen einer Ablehnung

- Koblenz müsste als Nichtmitglied kostendeckende Tarife zahlen.
- Es gäbe kein Mitspracherecht.
- Es bestünde kein Anspruch auf Aufnahme.
- Man wäre nicht auf die kommenden kantonalen Regelungen vorbereitet.

Diskussion:

Es gibt keine Wortmeldungen.

Antrag:

Der Gemeinderat beantragt die Zustimmung zum Beitritt zum Gemeindeverband Musikschule Kirchspiel (MUSKI) und die Genehmigung von dessen Satzungen.

Abstimmung:

Dem Beitritt zum Gemeindeverband Musikschule Kirchspiel (MUSKI) und der Genehmigung der Satzungen wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 3: Revision des Reglements über die Benützung von Mehrzweckhalle, Sportanlagen und Schulräumlichkeiten

Gemeinderat Christophe Seiler erläutert, dass das Reglement über die Benützung von Mehrzweckhalle, Sportanlagen und Schulräumlichkeiten angepasst werden soll, weil darin noch die Schulpflege als zuständige Instanz genannt wird, obwohl es diese seit 2022 nicht mehr gibt. Neu wird die Schulverwaltung Bewilligungsinstanz. Ansonsten wurden keine inhaltlichen Änderungen vorgenommen, so bleiben auch die Gebühren unverändert.

Diskussion:

FiKo-Präsident Franz Knecht erkundigt sich, wann die Benützungsgebühren zum letzten Mal überprüft worden seien. Wäre eine Anpassung nicht opportun?

Gemeinderat Christophe Seiler erläutert, dass im Gemeinderat die Erstellung eines Gebührenreglements in Planung sei. In diesem Rahmen kann dann auch die Höhe der Gebühren überprüft werden. Da die Teuerung nicht sehr gross war, wurde auf eine Anpassung verzichtet. Ausserdem soll die Vermietung auch eine Unterstützung der Vereine darstellen. Man möchte auf deren Kosten keine Gewinne erzielen.

Franz Knecht stimmt zu und präzisiert, ihm gehe es nicht um Gewinne, sondern um Kostendeckung.

Walter Gassler führt aus, das bestehende Reglement sei diskutiert worden. Über die Gebühren werde die Gemeindeversammlung befinden.

Antrag:

Der Gemeinderat beantragt die Zustimmung zur Revision des Reglements über die Benützung von Mehrzweckhalle, Sportanlagen und Schulräumlichkeiten.

Abstimmung:

Die Revision des Reglements über die Benützung von Mehrzweckhalle, Sportanlagen und Schulräumlichkeiten wird grossmehrheitlich gutgeheissen.

Gemeinderat Christophe Seiler fügt an, dass die Schulpflege ebenfalls noch in der Gemeindeordnung erwähnt werde. Zurzeit werde eine Totalrevision des Gemeindegesetzes diskutiert. Für die Revision der Gemeindeordnung solle das neue Gemeindegesetz abgewartet werden.

Traktandum 4: Kreditantrag für die Erneuerung der IT der Gemeindeverwaltung

Gemeinderat Thomas Hüllelin erklärt den Kreditantrag für die Erneuerung der IT der Gemeindeverwaltung:

Der Wechsel ist aus folgenden Gründen notwendig:

- Hardware am Ende der Lebensdauer
- Notwendiger Ersatz der Software für Einwohnerkontrolle, Finanzen, Kreditoren, Gebühren und Lohn
- Mangelnde Dienstleistungsqualität des aktuellen Anbieters
- Umstellung von Inhouse-Hosting auf ein Service-Modell für die Server

Mit der Migration sollen mehrere Ziele erreicht werden:

- Alles aus einer Hand: Hardware, Software, Implementierung und Betrieb
- Höhere Servicequalität und höhere Effizienz
- Weniger Schnittstellen durch einen erfahrenen Servicepartner

- Weniger Ausfallstunden und Reibungsverluste

Die Ausschreibung zur Präqualifikation erfolgte ordentlich auf SIMAP. Danach wurden drei namhafte Anbieter zur konkreten Offertstellung eingeladen. Einer verzichtete wegen einem Personalengpass auf die Eingabe eines Angebots. Eine Offerte enthielt viele spannende Features und Auswertungen, war aber etwa doppelt so teuer wie die andere. Da das günstigere Angebot als ausreichend angesehen wird, hat man sich einstimmig für dieses Angebot entschieden.

Diskussion:

Monika Dettling-Gassler erkundigt sich, wodurch die wiederkehrenden jährlichen Kosten entstünden.

Gemeinderat Thomas Hüllein erklärt ihr, dass es hierbei vor allem um

- Die Miete der Hardware
- Kosten für Serviceleistungen und das externe Datenhosting
- Lizenzgebühren

handelt.

FiKo-Präsident Franz Knecht bemängelt am Kreditantrag, dass zu wenig klar ist, welche Kosten enthalten sind und wie sich die Summe zusammensetzt.

Gemeinderat Thomas Hüllein antwortet, dass sich die Summe hauptsächlich aus Kosten für neue Hardware, für die Datenübernahme und für die Betreuung durch den Anbieter zusammensetze.

Franz Knecht fragt ausserdem nach, ob die Kommissionen wirklich auch mit Hardware ausgestattet werden.

Thomas Hüllein präzisiert, dass es hier ausschliesslich um die Verwaltung gehe. Auch der Gemeinderat werde keine neuen Geräte erhalten, da die bestehenden noch nicht so alt seien.

Franz Knecht nimmt noch Bezug auf die Tatsache, dass der gewählte Anbieter ein viel günstigeres Angebot eingereicht hat als der andere. Hier bestünde erfahrungsgemäss die Versuchung, durch Zusatzkosten Einnahmen zu generieren.

Thomas Hüllein informiert, dass er beruflich für ein Unternehmen arbeitet, welches genau solche Ausschreibungen auch macht. Er kenne dies sehr genau und werde darauf achten, dass man sich hier an den Kredit halte.

Iwan Jerjen erkundigt sich nach der Angemessenheit der Höhe der Kosten. Im Vergleich zu den IT-Kosten eines KMUs erscheinen ihm diese hoch.

Thomas Hüllein versteht diese Frage. Es handle sich wirklich um viel Geld. Der Preis sei jedoch angemessen und vertretbar, zumal ein grosser Anteil der Kosten durch die

notwendige Übernahme der Daten anfällt. Ausserdem entstünden Mehrkosten, weil die Datensicherheitsanforderungen für eine Gemeinde um einiges höher seien.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt die Genehmigung eines Kredits in Höhe von CHF 97'335.00 für die Erneuerung der IT der Gemeindeverwaltung.

Abstimmung: Der Kredit in Höhe von CHF 97'335.00 für die Erneuerung der IT der Gemeindeverwaltung wird einstimmig genehmigt.

Traktandum 5: Rechenschaftsbericht 2025

Der Rechenschaftsbericht konnte während der Aktenauflage und auf der Homepage der Gemeinde Koblenz eingesehen werden.

Der Gemeindeammann weist auf die Bevölkerungsstatistik hin, da sich hier ein Fehler eingeschlichen hat. In diesem Zusammenhang hat der Gemeinderat entschieden, in Zukunft mit den Zahlen des Kantons zu arbeiten, da dies auch Vergleiche mit anderen Gemeinden erleichtert.

Bei der Bevölkerungsstatistik fällt auf, dass Koblenz mit 48.4% einen hohen Ausländeranteil aufweist. Nur Spreitenbach und Neuenhof haben im Kanton Aargau einen noch höheren Wert.

Diskussion:

FiKo-Präsident Franz Knecht spricht zwei Punkte an:

1. Der Inhalt: Dieser sollte mehr Berichterstattung des Gemeinderats und weniger Statistiken beinhalten. Ausserdem sollte er nur koblenzspezifische Daten umfassen. Wünschenswert wäre, mehr darüber zu erfahren, was den Gemeinderat beschäftigt.
2. Kenntnissnahme oder Gutheissung: Franz Knecht hat sich bei Martin Süess, dem Leiter der Gemeindeabteilung erkundigt. Gemäss Gemeindegesetz sei der Rechenschaftsbericht wie die Jahresrechnung oder das Budget durch die Gemeindeversammlung zu genehmigen. Dann könnte man hier eben auch besser steuern. Dass dies bereits in der Vergangenheit anders gemacht worden sei, ändere ja nichts an der Rechtslage.

Der Gemeindeammann Andreas Wanzenried nimmt beide Themen auf. Eine Neugestaltung des Rechenschaftsberichts werde im Gemeinderat aufgenommen. Was die Rechtslage betreffe, so werde man dies für nächstes Jahr klären.

Verena Knecht weist darauf hin, dass Koblenz einen hohen Ausländeranteil von 48,4% aufweise. Diese Personen wohnten in Koblenz und zahlten hier Steuern, könnten

jedoch nicht mitbestimmen. Sie erkundigt sich, ob der Gemeinderat beabsichtige, die ausländische Bevölkerung künftig vermehrt in Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Der Gemeindeammann nimmt Bezug auf eines der Handlungsfelder. So soll die Bevölkerung vermehrt in Prozesse einbezogen werden. Dies gelte auch für die ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner von Koblenz.

Walter Gassler äussert seine Zustimmung zu den Aussagen von Franz Knecht. Er wolle in etwa das Gleiche äussern, obwohl sie sich nicht abgesprochen hätten. Er bemängelt, dass der Rechenschaftsbericht weder mit der Einladung versendet worden sei noch nun zur Lektüre eingeblendet werde. Er habe Zweifel, dass sich viele die Mühe der Akteneinsicht bei der Gemeinde gemacht hätten. Dies müsse man einfacher gestalten. Er regt an, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die den neuen Inhalt bestimmt.

Gemeindeammann Andreas Wanzenried nimmt auch diese Anregungen entgegen. Er erläutert zudem, dass auch der Rechenschaftsbericht auf der Website der Gemeinde einsehbar war.

Die Einwohnergemeindeversammlung nimmt den Rechenschaftsbericht des Gemeinderats zur Kenntnis.

Traktandum 6: Verabschiedung der Rechnung 2025 der Einwohnergemeinde

Der Gemeindeammann erläutert die Rechnung 2025. Das Gesamtergebnis fiel 2025 besser aus als budgetiert, es liegt jedoch immer noch ein Aufwandüberschuss vor. Dies vor allem, weil Steuerausstände eingetrieben werden konnten und die Einnahmen bei der Quellensteuer höher waren als erwartet.

Mehr ausgegeben als budgetiert wurde vor allem in zwei Bereichen:

- **Gesundheit** (diesen Punkt erklärt die zuständige Ressortvorsteherin Yvonne Fretz): Seit einiger Zeit kann die Angehörigenpflege über private Spitex-Organisationen angemeldet werden, womit die Angehörigen Lohn erhalten. Das ist gut so, solange dies bedeutet, dass Angehörige entschädigt werden, die weniger arbeiten, um solche Pflegeaufgaben übernehmen zu können. Es hat aber auch dazu geführt, dass die Kosten für diese Pflege in den letzten Jahren explodiert sind. Der Regierungsrat versucht diesen Kosten entgegenzuwirken. So wurde der Stundenansatz für diese Pflege von CHF 81.50 auf 67.10 gesenkt. Es ist trotzdem davon auszugehen, dass die Kosten in diesem Bereich weiterhin steigen werden.
- **Allgemeine Verwaltung** (Andreas Wanzenried übernimmt wieder): Hier ging man im März davon aus, dass die Stelle als Gemeindeschreiberin besetzt werden konnte. Die ausgewählte Bewerberin sagte jedoch fünf Tage vor Stellenantritt kurzfristig ab. Damit musste länger mit Springerpersonal überbrückt werden.

Die Nettoschuld und der Kapitaldienstanteil sind immer noch im Bereich, der als in Ordnung zu betrachten ist. Stark verschlechtert hat sich seit 2022 der Selbstfinanzierungsgrad. Dieser ist mittlerweile bedeutend zu tief. Auch der Auszug aus dem Bericht der Finanzaufsicht zeigt, dass das operative Ergebnis von Koblenz im Vergleich mit anderen Gemeinden schlecht dasteht.

Der Gemeindeammann übergibt das Wort an den FiKo-Präsidenten Franz Knecht.

Franz Knecht beginnt mit einleitenden Bemerkungen:

Die Zusammenarbeit zwischen Finanzkommission und Gemeinderat ist wichtig. In Zukunft muss die Nachfolge in der Finanzkommission gemeinsam organisiert werden. Der Prüfungsablauf ist immer eine heikle Sache. Die Prüfung – bei nur zwei Personen – war zeitlich anspruchsvoll. Trotzdem wurde diese sorgfältig durchgeführt.

Prüfungsergebnis:

Die Unterlagen waren von der Leiterin Finanzen sehr sauber aufgearbeitet. Die Steuerausstände werden durch die neue Leitung effizient eingefordert. Von über 5000 Einzelbelegen und Unterlagen wurden 75 im Detail und Zusammenhang geprüft und 26 davon mit der Leiterin Finanzen und dem Gemeinderat besprochen. Dabei war der Austausch mit dem Gemeinderat sehr gut.

Kritischer beurteilt die Finanzkommission Einzelausgaben. Diese sollten immer kritisch hinterfragt werden. Die Sozialaufwände steigen immer weiter. Hier müssen Lösungen gefunden werden. Kreditabrechnungen sollten erst vorgelegt werden, wenn sie vollständig sind und sämtliche Unterlagen vorliegen. Dies war eine Enttäuschung im Laufe der Prüfung der Kreditabrechnung Schulhaus Ried II.

Für die Finanzkommission muss eine Rechnungsprüfung bereits bei der Budgetprüfung beginnen, sonst kommt diese zu spät und die Entscheidungen sind bereits getroffen. Die Basis in der Arbeitsgruppe Finanzstrategie sollte aus Sicht der Finanzkommission verbreitert und die Arbeit weitergeführt werden.

Wunsch und Ausblick:

Für die Finanzkommission ist die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat von zentraler Bedeutung. Die Finanzkommission definiert ihre Aufgaben aufgrund der gesetzlichen Grundlagen selbst. Ziel sollte immer das gute Ergebnis für die Gemeinde sein.

Diskussion:

Walter Gassler meldet sich zu Wort. Es geht ihm ausdrücklich nicht um die Rechnungsführung, es geht um die Information, die man für den Entscheid über die Rechnung zur Verfügung gestellt erhält. Aus seiner Sicht ist dies eine Zumutung. Die Einladung enthält zwar ein paar Erläuterungen, für mehr braucht es aber den Blick in die Unterlagen. Diese Unterlagen waren für ihn jedoch nicht lesbar. Hier fehlt ein Inhaltsverzeichnis, womit man gar nicht nachvollziehen kann, was gemacht wurde. Es sind einfach zu viele Unterlagen.

In Koblenz beträgt ein Steuerprozent ziemlich genau CHF 30'000.00. Es bräuchte also eine enorme Steuererhöhung, um die Rechnung auszugleichen.

Die Darstellungen sollten jeweils den Nummerierungen der Rechnung entsprechen. Bei der Gesundheit wird mit Summen jongliert, die einen erschrecken können. Grundsätzlich geht es Walter Gassler darum, dass in den Erläuterungen die konkreten Zahlen genannt werden sollen. Bei der Einkommensteuer hat man hohe zusätzliche Einnahmen, genauso bei der Quellensteuer. Dies wird sich aber im nächsten Rechnungsjahr wohl so nicht wiederholen. Zudem hatte man bei der Grundstückgewinnsteuer ziemlich Glück. Damit sind es über CHF 600'000.00 Einnahmen, die nicht durch strukturelle Verbesserungen erzielt wurden. In der Einladung stehe, die Rechnung könne mit allen Belegen während der Aktenauf-
lage eingesehen werden. Wie kann man die Belege einsehen?

Der Gemeindeammann erläutert: Die Belege werden der Finanzkommission vollständig zur Verfügung gestellt, weil die Finanzkommission als gewähltes Organ dem Kommissionsgeheimnis unterstehe und zur Verschwiegenheit verpflichtet sei. Anderen Personen könne nicht in sämtliche Belege Einsichten gewährt werden. Bei Erstellung des Budgets 2025 lag der Abschluss 2024 noch nicht vor.

Heidi Wanner ergänzt, dass sämtliche Belege bei der Finanzverwaltung vorlägen. Bei konkreten Fragen könne man sich an die Finanzverwaltung wenden und sich die entsprechenden Sachverhalte erläutern lassen. Zu gewissen Punkten könne jedoch keine Auskunft erteilt werden, da diese besonders geschützt seien.

Rainer Howald erkundigt sich nach den Steuerausständen, worauf Walter Gassler antwortet, dass noch 26.94% ausstehend sind.

Die Leiterin Finanzen, Eliane Keller, ergänzt dazu, dass es sich um Ausstände per Ende Jahr handelt. Es kann gut sein, dass Rechnungen erst im Folgejahr fällig sind. Es ist nicht so, dass knapp ein Drittel der Einwohnerinnen und Einwohner die Steuern nicht bezahlt.

Der Gemeindeammann ergänzt, dass es hier aufgrund des Einsatzes der Leiterin Finanzen bereits zu Verbesserungen gekommen ist. Er möchte daher die Gelegenheit nutzen, sich bei Eliane Keller für ihre gute Arbeit zu bedanken.

Die Leiterin Finanzen ergänzt, dass die Sicherung der Ausstände sogar durch Grundbucheinträge vorgenommen wird.

FiKo-Präsident Franz Knecht ergänzt, es gebe noch Verbesserungspotential bei der Formulierung der Einladung. Danach stellt er den Antrag von Finanzkommission und Gemeinderat:

Antrag: Die Rechnung 2025 der Einwohnergemeinde Koblenz sei zu genehmigen.

Abstimmung: Die Rechnung 2025 der Einwohnergemeinde Koblenz wird einstimmig genehmigt.

Felix Rösch fragt nach, ob damit dem Gemeinderat auch automatisch die Entlastung erteilt worden sei.

FiKo-Präsident Franz Knecht antwortet, dass es dies so bei Gemeinden nicht gebe, sondern nur bei Vereinen.

Der Gemeindeammann bedankt sich bei Franz Knecht und Monika Dettling-Gassler für die Unterstützung.

Traktandum 7: Verschiedenes

Rainer Howald zum Thema Fasnachtsumzug

Er stellt den Antrag, dass die Route nach dem Umzug unmittelbar mit der Putzmaschine gereinigt werde und darauf geachtet werde, dass keine Konfetti mit Metallbeschichtung verwendet werden.

Ausserdem bedankt er sich beim neuen Gemeinderat für seine Arbeit. Neue Besen mögen nicht immer besser kehren, aber sicher anders.

Das Anliegen wird so entgegengenommen.

Verena Knecht meldet sich zum Thema Baupflicht:

Warum werden einige Parzellen (745, 746 und 749) im Dorfkern durch die neue BNO mit einer Baupflicht innert zehn Jahren belegt? Hier wäre mit 58 neuen Einwohnerinnen zu rechnen.

Ist die Bebauung anderer Parzellen bereits in Planung oder Umsetzung, oder sind dort Wohnungen bereits bezugsbereit?

Für die belasteten Parzellen gilt die Pflicht zur Erstellung eines Gestaltungsplans. Die Erstellung eines solchen Plans dauert etwa drei Jahre. Bis dahin sind wahrscheinlich alle Bauvorhaben auf den anderen Parzellen abgeschlossen.

- Ist es realistisch, dass in den zehn Jahren nach Rechtskraft der BNO zu den zusätzlichen Bewohnern auf den anderen Parzellen (ca. 260–330 Einwohnerinnen und Einwohner) noch weitere 58 Personen in den Dorfkern von Koblenz ziehen?
- Was passiert, wenn die zehnjährige Baupflicht nicht eingehalten werden kann?

Der Gemeindeammann erläutert, dass Koblenz günstiges Bauland anbieten kann. Zudem ist Koblenz mit dem öffentlichen Verkehr sehr gut erschlossen. Aus Sicht des Gemeinderats ist damit ein solcher Zuwachs möglich. Der Baudruck ist durchaus vorhanden.

Die Baupflicht stellt eine Aufforderung dar, die eingezonten Flächen auch wirklich zu bebauen. Dabei ist die Dauer des Verfahrens durch die Besitzer auch einzurechnen. Wird eine Baupflicht nicht erfüllt, könnte es bei einer nächsten BNO zu Aussonnungen kommen. Die konkreten Folgen einer Nichterfüllung werden im Rahmen der Ausarbeitung der nächsten BNO diskutiert werden.

Stefan Gassler zu den Leuchtzeiten der Strassenlampen:

Er bittet um die Anpassung der Einschaltzeiten der LED-Leuchten am Wochenende, damit man am Wochenende auf dem Nachhauseweg noch Licht hat. Der Gemeinderat wird die Einschaltzeiten anpassen, sobald die Programmierung abgeschlossen ist.

Stefan Gassler zur Durchfahrt Zürigasse:

Wie nahe ist man hier einer Lösung? Die Idee ist, dass es eine Bewilligungsmöglichkeit gibt, welche durch die Gemeindeverwaltung ausgestellt wird. Rechtlich ist es nicht so einfach. Der Gemeindeammann hofft, dass sich im Zusammenhang mit den Verkehrseinschränkungen durch den Umbau der SBB-Haltestelle Dorf auch eine dauerhafte Lösung finden lässt.

Stefan Gassler zum Thema Wachstum Koblenz:

Er arbeitet bei der ehemaligen Espisa. Diese wird aber wegziehen. Damit wird ein weiteres grosses Industriegebäude leer. Steht die Gemeinde mit dem Vermieter im Austausch?

Der Gemeindeammann antwortet, dass bisher kein Austausch besteht, dieser soll aber aufgebaut werden.

Walter Gassler zum Thema Reaktionsfristen

Er gratuliert dem Gemeinderat zum kürzlich aufgestellten Weltrekord. Auf der Website findet man über die Sitzung von vor zwei Tagen bereits einen Eintrag. Dabei wird eine Lärmproblematik erwähnt. Geht es da um den Modellflugplatz?

Dies wird verneint.

Darauf stellt Walter Gassler die nächste Frage: Seit 2010/2011 besteht der Streit betreffend Lärm Modellflugplatz. Das liegt nun seit 5 Jahren beim Kanton. Könnte man da beim Kanton nachfragen?

Der Gemeindeammann entgegnet, dass die Gemeinde ihre Abklärungen getroffen hat. Das Geschäft ist beim Kanton pendent. Dabei geht es nicht nur um die Lärmproblematik. Dies ist jedoch keine Priorität für Koblenz, da der Gemeinderat seine Vereine unterstützen möchte.

Walter Gassler zum Thema Überinformation:

Der Gemeinderat liefert zu viele Informationen. Aus seiner Sicht wurden für die Aktenauflage zu viele und zu lange Unterlagen bereitgestellt. Er würde sich ein Kommunikationskonzept wünschen, damit klar geregelt ist, was wo und wie kommuniziert wird.

Der Gemeindeammann erklärt, dass eine neue Website auf der Wunschliste des Gemeinderats steht. Aber das braucht Ressourcen. Der Gemeinderat möchte aber klar mehr informieren. Sobald eine neue Website besteht, werden die Informationen auch übersichtlicher. Für die Einwohnergemeindeversammlung wird ein möglichst vollständiges Set an Unterlagen zur Verfügung gestellt. Dann kann jeder selbst entscheiden, was er sich herunterladen möchte.

Auf diese Wortmeldung hin meldet sich Iwan Jerjen und empfiehlt, in Zukunft zum Beispiel Microsoft Copilot zu verwenden und sich Zusammenfassungen erstellen zu lassen.

Walter Gassler zum Thema Effizienz:

Zur Diskussion über eine starke oder effiziente Verwaltung besteht aus seiner Sicht bereits in grossen Teilen eine effiziente Verwaltung. Hier gebührt ein Dank den Einwohnerdiensten. Die Erneuerung der Identitätskarte dauerte nicht einmal eine Woche.

Franz Knecht stellt den Antrag auf ein stehendes Traktandum «Laufende, wichtige Projekte»:

Es gab viele Themen, die nicht auf der Traktandenliste standen. Er wünscht sich daher ein stehendes Traktandum «laufende, wichtige Projekte». Er hat den Eindruck, man würde immer wieder überrollt von neuen Problemen und man verliere die Lösung der Probleme aus den Augen. Hier könnte dann, möglichst am Anfang, darüber gesprochen werden, was geht und nicht immer nur darüber, was nicht geht.

So stellt sich auch die Frage nach dem aktuellen Stand der BNO. Warum wurde kein Antrag auf Teilgültigkeit gestellt? Des Weiteren wäre es spannend zu hören, was eigentlich mit der Rheinbrücke läuft. Auch zur Hardstrasse würde er gerne beim nächsten Mal eine Antwort erhalten.

Franz Knecht stört sich ausserdem daran, dass die Traktanden für die ausserordentliche Einwohnergemeindeversammlung noch nicht genannt werden. Dies sei Geheimniskrämerei.

Frau Vizeammann Yvonne Fretz meldet sich zu Wort. Sie habe doch erläutert, dass es am 23. September 2026 vor allem um die Pensenüberprüfung und Personelles gehen wird.

Franz Knecht sieht für diese Themen das Erfordernis der ausserordentlichen Einwohnergemeindeversammlung nicht oder höchstens, wenn es Konsequenzen für das Budget hat.

Der Gemeindeammann erklärt, dass diese Versammlung zusätzlich gemacht wird, weil die Themen für heute noch nicht entscheidungsreif waren und es für das Budget 2027 noch rechtzeitig entschieden werden kann.

Frau Vizeammann ergänzt, dass allenfalls auf das neue Jahr Verträge abgeschlossen werden müssen. Es braucht also Entscheide, die noch etwas Zeit bis zum nächsten Jahr lassen.

Die Gemeindeschreiberin erläutert, dass sich die Einwohnergemeindeversammlung um personelle Fragen drehen werde. Ins Detail könne man derzeit noch nicht gehen. Zum einen liefen noch Verhandlungen, deren Stand im September noch offen sei. Den Zusatztermin müsse sie als Gemeindeschreiberin jedoch frühzeitig planen und bekannt

geben. Solche Versammlungen sollten nicht zu kurzfristig angekündigt werden, damit sich die Bevölkerung das Datum freihalten könne. Wären die Geschäfte bereits spruchreif gewesen, hätte man sie für die aktuelle Versammlung traktandiert und keine zusätzliche Versammlung angesetzt.

Der Gemeindeammann ergreift wieder das Wort. Die Diskussion über laufende Projekte könnte man in den Rechenschaftsbericht aufnehmen. Als stehendes Traktandum an einer Einwohnergemeindeversammlung sieht er es eher nicht, um die Versammlung nicht noch mehr zu verlängern.

Zum Rheinübergang wurde nichts gesagt, weil es da keine neuen Informationen gibt. Hier ist noch immer das zweite Halbjahr 2026 abzuwarten.

Zur BNO kann gesagt werden, dass der Kanton einen ersten Entscheid für Juni versprochen hat. Dieser ist bisher noch nicht eingetroffen. Der Gemeindeammann ist mit dem Kanton in Kontakt. Die Bevölkerung wird informiert, sobald eine Entscheidung vorliegt.

Matthias Krattinger zum Thema «Informationen des Gemeinderats»:

Er stellt den Antrag, dass die Informationen des Gemeinderats am Ende im Traktandum «Diverses» gebracht werden. Dann könnte man anschliessend direkt auch Fragen stellen.

Matthias Krattinger zum Termin der ausserordentlichen Einwohnergemeindeversammlung:

Diese Versammlung sei eine Farce. Mittwoch ist Feuerwehrtag. Die Feuerwehr hat jeden Mittwoch Übung.

Der Gemeindeammann gesteht zu, dass man die Feuerwehr bewusster einplanen möchte. Aber die Terminsuche ist schwierig, in diesem Falle war nach den internen Diskussionen nur noch ein Termin möglich. Das bedauert der Gemeinderat.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr folgen, spricht der Gemeindeammann noch ein Thema in eigener Sache an. Er hat den Regierungsrat und den Gemeinderat informiert, dass er per 27. September 2026 vom Amt als Gemeindeammann und Gemeinderat zurücktritt. Zu diesem Entschluss kam es, weil seine berufliche Belastung in nächster Zeit zunehmen wird.

Geplant ist, dass am 27. September 2026 ein neuer Gemeinderat und ein neuer Gemeindeammann zur Wahl stehen werden. Er hat bereits einige Aufgaben weitergegeben. Das aktuell wichtige Ressort Personal hat Gemeinderat Christophe Seiler bereits übernommen und mit der Hardstrasse wird sich Thomas Hüllein auseinandersetzen.

Er zeigt sich erfreut über die positive Entwicklung des Teams im Gemeinderat und in der Verwaltung und dankt dem Gemeinderat, der Verwaltung, der Bevölkerung sowie den Kommissionen. Seine Amtszeit bezeichnet er als gute Zeit.

Der Gemeindeammann äussert den Wunsch, die Gemeindeversammlungen künftig etwas kürzer zu halten. Er bedankt sich bei den Anwesenden und wünscht ihnen einen schönen Abend.

Schluss der Versammlung: 22:46 Uhr

Für getreues Protokoll:

Andreas Wanzenried, Gemeindeammann

Franziska Lee, Gemeindeschreiberin